

# LINKE Uckermark

Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE Uckermark

[www.dielinke-uckermark.de](http://www.dielinke-uckermark.de)



Die Mobilität vieler Menschen in der Uckermark hängt von den Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs ab. Deshalb muss dieser erhalten werden.

## Mobilität braucht Nahverkehr!

Das Thema Öffentlicher Nahverkehr anzupacken ist, als wollte man die Quadratur des Kreises erzwingen.

Auf der einen Seite stehen die LINKEN für einen leistungsfähigen Nahverkehr in der Region ein. „Das ist gerade in unserer ländlichen, von zunehmender Überalterung geprägten Region eine existenzielle Aufgabe. Ohne Busverkehre würden viele Menschen deutliche Mobilitätseinbußen hinnehmen müssen. Und die Sicherung der Mobilität ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dafür stehen wir ein“, bekennt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Gerhard Rohne.

Auf der anderen Seite steht die Uckermärkische Verkehrsgesellschaft,

deren Mehrheitsgesellschafter der Landkreis Uckermark ist, vor der Aufgabe zu sparen. Nachdem die beiden uckermärkischen Verkehrsgesellschaften UVG GmbH (Ost-Uckermark) und PVG GmbH (West-Uckermark) im Jahr 2009 fusionierten, weisen die Jahresabschlüsse mit beunruhigender Regelmäßigkeit Jahresfehlbeträge in unterschiedlichen Höhen aus. Die Eigenkapitaldecke der Gesellschaft begann zu schmelzen. Allein mit dem Jahresabschluss 2016 musste die Gesellschaft einen Verlustvortrag in Höhe von 6,8 Millionen Euro ausweisen.

„Es ist uns also klar, dass wir etwas unternehmen müssen, wenn wir unser Verkehrsunternehmen nicht in

große wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen wollen“, sagt Rohne.

Einen verkehrspolitischen Kahl-schlag, sprich eine gravierende Ausdünnung des Liniennetzes und der Taktzeiten, werde es mit den LINKEN aber nicht geben, versichert er. „Wenngleich wir uns in der Diskussion über die künftige Ausgestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs keine Tabus auferlegen dürfen. Wo Linien nur wenig genutzt werden, muss man über Veränderungen, auch über Kürzungen reden dürfen. Das oberste Ziel dabei ist aber, ein Mindestmaß an Mobilität für alle Uckermärker zu sichern. Jeder Uckermärker muss mindestens einmal am Tag die Möglichkeit haben, den Öffentlichen Nahverkehr

zu nutzen, egal, wo er wohnt“, stellt der Fraktionsvorsitzende klar.

„Dabei das richtige Maß zu finden, ist natürlich die größte Herausforderung, vor der wir in den bevorstehenden Debatten über den öffentlichen Nahverkehr stehen“, sagt er. „Wir sind bereit, mit den anderen Fraktionen vorurteilslos und ergebnisoffen in die Diskussion einzusteigen.“

Fakt sei jedoch, dass die Aufgaben, die die UVG in den kommenden Jahren zu schultern hat, ohne Hilfe vom Land kaum zu meistern sein werden. „Beispielsweise müssen wir bis zum Jahr 2022 die Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr umsetzen. Das bedeutet unter anderem die Anschaffung neuer Busse, in die die Fahrgäste barrierefrei einsteigen können. Das ist mit riesigen Investitionen verbunden, die ohne Förderung kaum umsetzbar sind“, erklärt Gerhard Rohne.

---

**„Einen Kahlschlag beim Nahverkehr wird es mit uns nicht geben“**

---

(Siehe auch Seite2)

# Immer gut unterwegs in der Uckermark



„Wir bewegen Sie“, lautet der Slogan der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft. Dafür, dass es so bleibt, setzen sich die LINKEN ein.

Die Kreispolitiker der Uckermark werden in den kommenden Monaten um die künftige Ausgestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs ringen. Es gilt, den Spagat zwischen der Sicherung der Mobilität der Uckermärker auf der einen Seite und der Finanzierbarkeit dieser Aufgabe auf der anderen Seite zu meistern. Wir sprachen mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Kreistag Gerhard Rohne, wie linke Politik sich dazu verhält.

**Herr Rohne, die Schülerbeförderung, das Rückgrat des Öffentlichen Nahverkehrs, war in den letzten Jahren konstant rückläufig. Die daraus sprudelnden Einnahmen wurden immer weniger. Die Uckermärkische Verkehrsgesellschaft kämpft seit vielen Jahren mit einem Defizit. Wie wollen die Linken diesen Missstand abstellen?**

Nun ja, die frohe Botschaft ist: Die Schülerzahlen sinken nicht mehr, sie steigen sogar leicht an. So können wir, was das betrifft, künftig

auf einer soliden Grundlage aufbauen. Aber ja, Sie haben recht, wir müssen die Verkehrspolitik in der Uckermark auf den Prüfstand stellen und uns überlegen, an welchen Stellschrauben wir drehen können, um die UVG wieder in ein sicheres Fahrwasser zu bringen.

**Welche Stellschrauben stellen Sie sich denn vor?**

Es gibt mehrere Varianten. Man kann Linien, die unwirtschaftlich sind, ausdünnen oder im Extremfall streichen. Man kann den Ausgleich des sogenannten Verlustvortrages der UVG, sprich den Zeitraum, wo sie wieder eine schwarze Null erreicht, zeitlich strecken, um den Spardruck zu minimieren. Ich glaube, es wird ein ganzes Bündel von Maßnahmen erforderlich sein, um das Problem zu lösen. Einseitiger Aktionismus, wie beispielsweise ein Kahlschlag im Linienverkehr, ist keine Lösung, wenn wir unsere Aufgabe, die Sicherung der Mobilität der Uckermark, ernst nehmen wollen. Und wir nehmen sie ernst.



Gerhard Rohne

**Sie sprachen mögliche Linienstreichungen an. Derartige Vorhaben haben in jüngster Vergangenheit, beispielsweise in der Region Lychen, prompt zu geharnischten Protesten geführt.**

Das hat uns nicht verwundert. Die Streichung von Leistungen ist etwas, das niemandem Spaß macht. Auch uns nicht. Was wir leisten können und leisten werden, ist eine Grundversorgung in der Mobilität. Deren

Ausgestaltung hängt natürlich auch von den zur Verfügung stehenden Mitteln ab. Wenn eine Region mehr Nahverkehr haben möchte, als die Grundversorgung das vorsieht, dann muss sie sich auch finanziell daran beteiligen. Wenn die Region Lychen also bestimmte Buslinien, die nicht mehr durch die Grundversorgung abgedeckt werden kann, aufrechterhalten will, müssen wir gemeinsam darüber reden, wie wir das finanzieren. Das geschieht übrigens schon in der Uckermark. Die Stadt Schwedt beispielsweise leistet sich im Stadtverkehr einige zusätzliche Buslinien. Und sie zahlt auch dafür. Templin finanziert den fahrscheinfreien Busverkehr in der Innenstadt bei Kauf einer Kurkarte.

**Öffentlicher Nahverkehr in der Region funktioniert nicht ohne die Kooperation mit Dritten, wie der Bahn, dem Verkehrsverbund und dem Land. Wie wollen Sie diese Kooperationen ausgestalten?**

Wenn wir unsere Hausaufgaben in der Uckermark gemacht haben, gibt es einiges zu klären. Zum einen kritisieren wir den Landesnahverkehrsplan, der zu einseitig auf Berlin und sein Umland schaut. Unsere Bedürfnisse in der Fläche des Landes werden dabei vernachlässigt. Das kann nicht sein. Das zeigt beispielsweise das unwürdige Tauziehen um den Ausbau der Strecke Berlin-Stettin, die nun entgegen aller Vernunft doch nur eingleisig ausgebaut werden soll. Das liegt zwar nicht in unserer Verantwortung, wir müssen unsere Forderungen aber deutlich machen.

Und bei all dem dürfen wir nicht vergessen, nach intelligenten Lösungen zu suchen, um den Nahverkehr attraktiver zu machen. Das muss nicht unbedingt mehr Geld kosten. Wir wollen die Anbindung an die Bahnhöfe verbessern, wir wollen spezielle Angebote für Pendler und Touristen machen, deren Zahl immer größer wird. Das Projekt Kombibus, bei dem ein Bus auch Waren transportiert, ist ein solches Projekt, ein hoffnungsvoller Anfang.





*Die Fusions-Unlust der Landeskinder hat den Kreisgebietsreformern einen Strich durch die Rechnung gemacht. Nur: Wie geht es jetzt weiter?*

## Nach der Reform ist vor der Reform

Die brandenburgische Kreisgebietsreform ist Geschichte, ehe sie überhaupt das Licht der Welt erblickte.

Nachdem diesem Vorhaben der Gegenwind der Brandenburger kräftig ins Gesicht blies und sich die Kritik selbst aus den eigenen Reihen mehrte, beerdigte Landesvater Dietmar Woidke das ehrgeizigste Reformvorhaben der rot-roten brandenburgischen Regierungskoalition vor wenigen Wochen.

„Wir sehen dennoch grundsätzlich einen Reformbedarf im Land“, sagt Kreistagsmitglied Heiko Poppe. „Und da sind nun vor allem wir Kommunal- und Kreispolitiker vor Ort gefragt.“ Die LINKE habe das Kreisgebietsreformvorhaben unter anderem deshalb mitgetragen, „weil wir wussten, dass sich die Verwaltungsstrukturen im Land Brandenburg ändern müssen, wenn sie zukunftsfähig bleiben wollen. Daran hat sich nichts geändert“, fügt er hinzu. Doch die Art und Weise, wie die Kreisgebietsreform gegen den Willen einer offensichtlich großen Mehrheit im Land durchgedrückt werden sollte, die hatte auch bei

den LINKEN zuletzt Unbehagen ausgelöst. Dazu kam, dass die entsprechenden Gesetzestexte fehlerhaft und dilettantisch waren und am eigentlichen Reformziel vorbeigingen. „Doch das lag nicht in unserer Verantwortung. Federführend war der Innenminister, und der trägt das Parteibuch der Sozialdemokraten“, gönnt sich Poppe einen kleinen Seitenhieb gegen den größeren Koalitionspartner in der Landesregierung. Das eigentliche Ziel des Reformpakets: Die Verwaltungen vor Ort zu stärken, ihnen mehr Kompetenzen zu geben, sprich die Aufgaben zwischen Land, Kreis und Kommune vernünftig aufzuteilen, war im Zuge der erhitzten Debatte über Für und Wider der Zusammenlegung von Kreisen aus den Augen geraten. „Die Menschen haben noch die letzte Kreisgebietsreform aus dem Jahr 1993 in Erinnerung. Trotz Versprechungen, dass es keine längeren Wege geben sollte, wurde die Verwaltung mehr und mehr in der Kreisstadt zentralisiert.“

„Jetzt kommt es darauf an, vor Ort Wege zu finden, wie Kreise und Kommunen enger zusammenarbeiten können, wie die Landkreise untereinander besser kooperieren und sich die Wahrnehmung von Aufgaben teilen können, um auch bei einer weiter schrumpfenden Bevöl-

kerung in der Peripherie des Landes leistungsfähige Verwaltungsstrukturen vorhalten zu können“, ist Heiko Poppe überzeugt. Darüber sei die Diskussion jetzt zu führen.

Eine Möglichkeit sei beispielsweise die freiwillige interkommunale Zusammenarbeit. „Im Rahmen eines Modellprojektes gibt es in der Region Templin bereits erste Versuche, eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungen zu initiieren. Die Federführung dabei liegt bei dem Templiner Bürgermeister Detlef Tabbert“, berichtet Heiko Poppe. „Dabei geht es um Kooperationen bei ganz konkreten Verwaltungsdienstleistungen in der Stadtverwaltung Templin und in den an die Stadt angrenzenden Gemeinde- und Amtsverwaltungen“, erläutert er. „Wenn beispielsweise in einer Amtsverwaltung das Einwohnermeldeamt wegen Urlaub oder Krankheitsfällen unterbesetzt ist, könnte das Meldeamt einer anderen Amts- oder Stadtverwaltung einspringen. Eine derartige Zusammenarbeit ist bei vielen Verwaltungsdienstleistungen denkbar“, ist der LINKEN-Politiker überzeugt. „Das erfordert natürlich eine große Bereitschaft aller beteiligten Verwaltungen, aufeinander zuzugehen und das Bewusstsein, das es künftig kaum Alternativen zu derarti-

gen Kooperationen gibt, wenn wir Verwaltung in zehn oder fünfzehn Jahren noch bezahlbar und effektiv ausgestalten wollen“, fügt er hinzu. Auch die Aufgabenverteilung zwischen den Kommunen und dem Landkreis müsse auf den Prüfstand gestellt werden, „und zwar ohne Tabus“, fordert Heiko Poppe. „Warum sollte es beispielsweise nicht denkbar sein, die bislang den Kreisen zugeordneten Zulassungsstellen für KfZ in den Städten und Ämtern anzusiedeln? Auch das ist nur ein Beispiel. Was wir im Landtag brauchen, ist eine ergebnisoffene und ideologiefreie Diskussion zu diesen Themen über die Grenzen der einzelnen Parteien und Fraktionen hinweg. Oberstes Ziel muss dabei eine größtmögliche Bürgernähe der Verwaltung und eine höchstmögliche Qualität ihres Service in den dünn besiedelten, ländlichen Regionen des Landes sein.“

Das von Dietmar Woidke verordnete Aus für die Kreisgebietsreform wirke auf den ersten Blick zwar blamabel für die Regierungskoalition, „es gibt uns aber die Chance, dass wir nun, wenn sich die Gemüter beruhigt haben, mit klarem Blick und wachem Verstand an die vielen anderen drängenden Aufgaben im gesamten Land gehen“, sagt Heiko Poppe abschließend.



# „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass man in der Politik etwas ändern kann“

Sieglinde Knudsen ist eine Frau, der der Wind im Leben des öfteren kräftig ins Gesicht blies. Und die deshalb manchmal hart gegen sich selbst und gegen ihre Mitarbeiter ist.

Sie ist aber auch Mensch, dem das Soziale, das Mitnehmen der Schwachen, das Verändern zum Guten auf der Seele brennt. Das ist die Grundlage ihres Handelns, das ist die Motivation, die sie umtreibt. Und sie weiß für das, was sie durchsetzen will, zu kämpfen. Ohne Rücksicht auf sich selbst. Als junge Leiterin eines Kindergartens schrieb sie Briefe bis hoch zu Erich Honecker, weil sie Fliesen an den Wänden des Kita-Bades haben wollte und nicht den hässlichen Standard-Ölsockel. Sie bekam, was damals an ein Wunder grenzte, ihre Fliesen. Und mit der gleichen Kraft hat sie als Mitbegründerin der IG Frauen das soziale Leben in Prenzlau geprägt und mitgestaltet wie kaum eine andere Kommunalpolitikerin in der Stadt.

Leicht war es nie, erinnert sie sich. Als Zehntklässlerin kam sie von Zeit nach Prenzlau - ihr Vater hatte einen Leitungsposten im Prenzlauer Armaturenwerk erhalten. Der Ausbildungsvertrag mit der Leipziger Hochschule für Körperkultur, den sie bereits in der Tasche hatte - sie wollte Sportlehrerin werden - war mit dem Umzug hinfällig. Dazu kam, dass ihre neuen Mitschüler die sächselnde „Neue“ ständig hänselten. „Ich habe mir damals solche Sprüche wie ‚Sachsen raustreten zum Probeaufhängen‘ anhören müssen“, erinnert sie sich. „Auch wenn dies scherzhaft gemeint gewesen wären, hat mich dies doch sehr verletzt“.

Sie hatte Sportlehrerin werden wollen - in Prenzlau wurde sie vor die Alternative gestellt, Schäferin oder Kindergarten-Erzieherin zu werden.

## Im Porträt: Sieglinde Knudsen, Mitbegründerin der IG Frauen

„Mit Schafen wollte ich nicht unbedingt arbeiten, mit Kindern schon“, sagt sie. Also wurde sie Erzieherin - ein Beruf, der „mir letztendlich riesigen Spaß machte.“ Mit 19 Jahren trat sie in die SED ein, „freiwillig, weil ich von der Sache überzeugt war und weil ich etwas bewegen wollte.“

Als sie bereits nach wenigen Jahren Leiterin eines Kindergartens werden sollte, weigerte sie sich zunächst. „Ich war noch jung und wollte noch einige Zeit praktische Erfahrungen sammeln, ehe ich eine Leitungsfunktion übernehme, sage ich. Dann zwang mich die Parteileitung mit einem Parteauftrag dazu. Da konnte ich mich nicht mehr wehren. Und auch diesmal fand ich mich in der neuen Funktion gut zurecht. Sie bereitete mir Freude“, sagt sie rückblickend. Auch wenn sie den Parteauftrag befolgte, ein unkritisches Parteimitglied war sie nicht.

„Ich erinnere mich an eine Diskussion mit einem höheren Parteifunktionär über die Sängerin Nicole und deren Lied ‚Ein bisschen Frieden‘, das damals ganz oben in den Charts war. Ich fand das Lied ganz toll. Er fand es fürchterlich. Er sagte: ‚Was ist das, ein bisschen Frieden? Es gibt Frieden oder es gibt ihn nicht. Aber ein bisschen Frieden - was soll das sein?‘ Ich hielt dagegen, wir stritten uns heftig und fast hatte ich ein Parteiverfahren am Hals. Ich bin niemand, der zu allem, auch gegen seine Überzeugung Ja und Amen sagt.“ Und das ist bis heute so.

Dann kam die Wende. Sieglinde stellte vor ihren Mitarbeiterinnen die Vertrauensfrage

und erhielt deren Vertrauen. „Eine schöne Bestätigung für meine Arbeit in dieser Zeit, in der alles, was wir taten, in Frage gestellt wurde“, sagt sie. In der politischen Debatte wurde der Ton rauher. „Es gab Morddrohungen gegen mich.

**„Ich bin niemand, der zu allem Ja und Amen sagt. Auch nicht in der eigenen Partei“**

Ich hatte Angst um meine Kinder. Wir Linken waren plötzlich geächtet“, sagt sie. Auf den Gedanken, aus der Partei auszutreten, kam sie nicht. „Warum, wenn man Fehler macht, muss man sie auch wieder ausbügeln. Und das konnte ich am

besten in meiner Partei. Alles andere wäre mir wie Verrat vorgekommen“, versichert sie. Zu den politischen Umbrüchen, die die Menschen damals vor gigantische Herausforderungen stellten, kamen für sie nicht minder schwere private Umbrüche. Sie hatte sich damals gesagt, wenn sich schon alles ändert, dann kannst du auch deinen Beruf ändern und etwas machen, was schon lange in deinem Kopf

spukte: ein Kinderhotel aufmachen.

Sie pachtete gemeinsam mit einem befreundeten Ehepaar ein Grundstück, leistete eine Anzahlung und saß einem Betrüger auf, der mit dem Geld verschwand. „Geld weg, Job weg, als Linke in diesen Jahren kaum gesellschaftsfähig,

das war alles andere als eine leichte Zeit“, erinnert sie sich. Arbeitslosigkeit und ABM folgten - was sich hunderttausendfach in den Lebensläufen

ihrer Generation im Osten Deutschlands wiederfindet. In jenen unruhigen, aber auch spannenden Jahren, in denen Veränderungen leicht durchsetzbar waren, liegt auch die Geburtsstunde der IG Frauen in Prenzlau. „Es war eine Wahlkampfveranstaltung zu den Kommunalwahlen, die wir mit einigen Genossinnen organisiert hatten. Und

als wir vorschlugen, Prenzlau brauche vielleicht ein Frauenhaus, sagt der designierte Landratskandidat zu uns: ‚Nein, ein Frauenhaus brauchen wir nicht. Ein Frauenhaus wäre mir lieber.‘ Sollte dies im „Spaß“ gesagt worden sein - Es war entsetzlich. Heute wäre so jemand nach einem derartigen Spruch sofort weg vom Fenster, damals aber ging das. Wir setzten uns hinterher zusammen und beratschlag-

ten, was wir wohl anstellen können, um als Frauen in der politischen Debatte ernst- und wahrgenommen zu werden. Und dies brachte uns auf die Idee, einen Verein zu gründen, da musste man uns ja ernst nehmen. Und so taten wir das. So ging das los mit der IG Frauen, mit vier Genossinnen und eine Parteilosen. Heute agiert sie parteiübergreifend. Ob jemand Mitglied in der CDU, SPD oder bei den LINKEN ist, ist zweitrangig. Wichtig ist das soziale Engagement.

Die IG Frauen ist aus der sozialen Landschaft der Uckermark nicht mehr wegzudenken. Zu ihren Erfolgen gehören das Haus des Kindes, in dem Kinder bei Kindeswohlgefährdung aufgenommen werden, die Tagesgruppe für Kinder im Turmcarree, das Jugend- und Bürgerhaus, seit 15 Jahren in Trägerschaft der IG Frauen. Weiter: das Rumtollhaus, eine Kita in Vereinsträgerschaft, 3 Familienzentren für Frühe Hilfen in Prenzlau, Schwedt und Angermünde und als Höhepunkt die „Uckerwelle“ - ein Begegnungszentrum mit Tagungs- und Übernachtungs-

möglichkeiten. All das ist durch die IG Frauen geschaffen worden. So wie Sieglinde als junge Leiterin für Fliesen an den Wänden des Kita-Bades sorgte, so setzte sie auch ihre sozialen Projekte seit der Wende um: Mit Hartnäckigkeit, einem starken Willen und der Fähigkeit, sich in die Gegenseite einfühlen zu können, ohne dabei das eigene Ziel aus den Augen zu verlieren.

Diese Fähigkeit hat sie auch in der Kommunalpolitik mit Erfolg eingesetzt und für soziale Belange gestritten. Seit Konstituierung des ersten freien Kreistages nach der Wende sitzt sie für die LINKEN in diesem Gremium, zunächst im Altkreis Prenzlau, später im Landkreis Uckermark. Viele Jahre gehörte sie auch der Prenzlauer Stadtverordnetenversammlung an. Sieglinde Knudsen ist keine, die große Reden hält, wenn die Kameras auf sie gerichtet sind. „Ich diskutiere in den Ausschüssen, hart in der Sache manchmal. Aber mich in der Öffentlichkeit mit einem starken Darstellungsdrang zu präsentieren und daraus mein Selbstbewusstsein zu schöpfen, ist nicht mein Ding. Das war es nie gewesen“, sagt sie.

Sieglinde Knudsen wird im kommenden Jahr 64 Jahre alt, langsam, so sagt sie, werde sie sich zurückziehen. „Meine Familie, mein Mann, meine Kinder und Enkelkinder mussten ganz schön zurückstecken. Das will ich nicht mehr“, sagt sie. Jetzt soll die Familie im Mittelpunkt stehen. Sieglinde Knudsen ist glücklich mit einem Norweger verheiratet und hat viel Freude an ihren Kindern Sven und Sandra und ihren Enkelkindern Elisa und Gian Luca.

Die Geschäftsführung der IG Frauen liegt ab dem kommenden Jahr in der Hand ihrer Schwiegertochter Bianca Karstädt „Ich trete in die zweite Reihe“, kündigt sie an. Und auch aus der Politik will sie sich zunehmend zurückziehen, denn sie glaubt, dass es an der Zeit ist, den jüngeren Leuten das politische Ruder anzuvertrauen. Ob ihr das sehr schwer fallen wird? „Ich weiß es nicht“, sagt sie und lacht.







*Vor allem die ländlichen Regionen der Uckermark mussten in den vergangenen Jahrzehnten ein gewaltiges Schulsterben hinnehmen. Weiterführende Schulen gibt es auf den Dörfern keine mehr. Doch nun ist eine Trendwende in Sicht.*

### Zahlen & Fakten

Im Schuljahr 1996/97 gab es in der Uckermark noch 75 Schulen. Deren Zahl hat sich fast halbiert: Im aktuellen Schuljahr gehen die uckermärkischen Schüler noch auf 42 Schulen. Besonders drastisch war der Rückgang bei den Grundschulen. Deren Zahl sank von 36 auf 26. Von sechs Gymnasien im Jahr 1996 gibt es noch vier.

## Die Zeit des Schulsterbens ist vorbei

Drastisch sinkende Geburtenzahlen nach der Wende führten in den 1990er und in den 00er Jahren zu einem Schulsterben in der Uckermark, wie es die Region nie zuvor erlebt hatte.

Über die Jahre hinweg mussten alle weiterführenden Schulen in den Dörfern schließen, auch zahlreiche Grundschulstandorte standen vor dem Aus. „Die Entscheidungen dafür zu treffen, war immer hochpolitisch, waren die Schulen in den Dörfern doch immer auch ein sozialer Mittelpunkt“, erinnert sich der LINKEN-Politiker Heiko Poppe. „Doch die Zahlen sprachen ihre eigene, mächtige Sprache. Dort, wo es nicht mehr genug Schüler gab, konnte man einfach keine Schulen mehr aufrecht erhalten“, sagt er. Die Konsequenzen waren erheblich: Schulverlust bedeutete weniger Attraktivität des Ortes. All das, was mit Schule verbunden war – Schulfeste, Veranstaltungen, Wettbewerbe, Arbeitsgemeinschaften, Elterntreffen, um nur einige zu nennen – fiel ersatzlos weg. Wenn die Kinder weg waren, sank auch die Lebensqualität der verbliebenen Einwohner. Die Kinder mussten längere Schulwege in Kauf nehmen,

die teilweise an die Grenzen des Zumutbaren gingen. Zwar müssen sich die Eltern seit einigen Jahren nicht mehr an den Kosten für den Schulweg ihrer Kinder beteiligen. Ein Ausgleich für den Zeitaufwand, den sie bei den langen Schulwegen hinnehmen müssen, ist das aber wohl kaum.

„Demographische Prognosen sagten lange Zeit eine Verfestigung dieses Trends voraus, so dass wir uns auch schon Sorgen um den Bestand der verbliebenen Schulen machen mussten“, erinnert sich Heiko Poppe. Das Land Brandenburg schien in dieser Hinsicht zweigeteilt: Während sich die Gemeinden im Speckgürtel rund um Berlin darum sorgten, wie sie das Geld beschaffen können, das sie für den Bau dringend benötigter neuer Kindereinrichtungen und Schulen brauchen, fürchtete sich die Peripherie vor

einer massiven Ausdünnung ihrer Schullandschaft, die ja dann auch in weiten Landesteilen Realität wurde. Doch der Trend scheint jetzt gestoppt. Die Geburtenzahlen in Brandenburg gehen nicht nur nicht mehr zurück. Sie steigen sogar leicht an. Es gibt wieder mehr Kinder. In den grenznahen Bereichen der Uckermark wurde dieser Trend durch den Zuzug junger polnischer Familien noch verstärkt, die ihre Kinder in Deutschland zur Schule schicken. „Und bereits jetzt stellt der Zuwachs der Schülerzahlen so manche Gemeinde vor die Herausforderung, ihre Schulen erweitern oder gar neu bauen zu müssen“, sagt Heiko Poppe. Beispielsweise gelte das für den Schulstandort Gramzow. Die frohe Botschaft ist: Der Bestand der jetzt in der Uckermark bestehenden Grundschulen gilt als gesichert. Dort, wo es noch eine

Schule gibt, braucht niemand sich mehr Sorgen zu machen, auch sie könnte eines Tages schließen. „Im Gegenteil, wenn sich die zunächst noch langsame Entwicklung verstetigt und wir nicht nur einen Stopp des Trends nach unten, sondern eine Trendwende nach oben erleben, werden wir sowohl auf kommunaler als auch auf kreislicher Ebene bald darüber reden müssen, wie wir die Bildungslandschaft wieder ausbauen“, sagt Heiko Poppe. „Eine solche Diskussion führe ich gern, denn sie ist nicht mit solchen Frustrationen verbunden wie die Diskussionen über Schulschließungen.“ Langfristig dürfte sich auch der Kreistag mit dieser Thematik beschäftigen müssen. Denn er ist mittlerweile Träger aller weiterführenden Schulen in der Uckermark (mit Ausnahme der Schulen in freier Trägerschaft). Denn die Schüler, die jetzt verstärkt in die Grundschulen strömen, kommen zeitversetzt auch in den Gymnasien, Gesamt- und Oberschulen an. „Darauf müssen wir uns rechtzeitig einstellen. Das heißt auch, dass wir über Investitionen in die Erweiterung und vielleicht sogar Neubau oder Wiedereröffnung von Schulstandorten reden müssen“, formuliert Heiko Poppe die Anforderungen, vor denen der Kreistag in der Schulpolitik steht. „Denn nichts wäre ärgerlicher, als wenn sich auf der einen Seite im ländlichen Raum wieder mehr junge Leute niederlassen und wir auf der anderen Seite nicht in der Lage wären, die nötige Infrastruktur für sie bereitzustellen.“



*Die Passower Cornelia-Funke-Grundschule war einmal eine Gesamtschule. Ihr Bestand als Grundschule ist allerdings gesichert. Und sie hat es geschafft, sich durch die Verbindung zu der populären Schriftstellerin ein besonderes Profil zu geben.*

## Ein hohes Gut erfolgreich bewahrt



Mit „Grimm“ feierten die Uckermärkischen Bühnen Schwedt vor wenigen Wochen einen großen Musical-Erfolg.



Konzert mit dem „Club der toten Dichter in Templin“. Die Vielfalt an kulturellen Veranstaltungen des MKC ist beeindruckend.

Kultur ist ein hohes Gut. Vor einem Jahr sorgte der Kreistag Uckermark dafür, dass das in der Uckermark so bleibt. Unter maßgeblicher Beteiligung der LINKEN

Wer einmal das begeisterte Geschrei aus 800 Kinderkehlen erlebt hat, das die erfolgreichen Weihnachtsmärcheninszenierungen der Uckermärkischen Bühnen Schwedt (ubs), begleitet, der bekommt eine Ahnung davon, wie wichtig das Schwedter Theater für Kultur und Bildung in der Uckermark ist. Wer die Konzerte des Preußischen Kammerorchesters der Uckermärkischen Kulturagentur besucht, weiß den Wert eines eigenen Orchesters in der Region zu schätzen. Wer regelmäßig zu den Veranstaltungen des Multikulturellen Centrum Templin (MKC) geht, registriert erstaunt, welche Vielfalt an Ausstellungen, Konzerten, Theateraufführungen und besonderen Filmveranstaltungen diese vergleichsweise kleine Kultureinrichtung auf die Beine stellt. Nicht zu vergessen die Ausflüge des MKC mit seinem Mobilen Kino in die Tiefe der ländlichen Regionen, die in diesem Jahr nun schon in der zweiten Saison statt-

fanden.

„Was die Uckermark an kulturellem Leben bietet, ist erstaunlich und für einen Landkreis, der immer noch an wirtschaftlicher Strukturschwäche leidet, alles andere als selbstverständlich“, sagt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN-Fraktion im Kreistag Gerhard Rohne.

Dass das so ist, hat auch mit dem Kulturverständnis des uckermärkischen Kreistages zu tun. Fraktionsübergreifend war man sich in diesem Gremium seit seines Bestehens darüber einig, dass die Kultur ein hohes Gut ist und die Förderung der kulturellen Leuchttürme der Region nicht in Frage gestellt werden dürfe, auch bei angespannter Haushaltslage nicht. So erhielten das Preußische Kammerorchester und die Uckermärkischen Bühnen Schwedt seit vielen Jahren jährlich einen Zuschuss von jeweils 500 000 Euro vom Kreis.

Doch vor zwei Jahren zeichnete sich ab, dass das auf Dauer nicht reichen würde. Die Zuschüsse waren über Jahre hinweg eingefroren worden und hatten aktuelle Preis- und Tarifsteigerungen nicht mehr berücksichtigt. Die ubs gerieten finanziell ins Schlingern, die Mittel, über die das Orchester verfügte, wurden immer knapper. Und im MKC herrschte vor anderthalb Jahren Krisenstimmung. Die Einrichtung, die es gewohnt war, mit ABM- und SAM-Kräften zu arbeiten, litt unter den geänderten Arbeitsmarktförder-



Die Musiker des Preußischen Kammerorchesters treten zu vielen Anlässen im gesellschaftlichen Leben der Uckermark auf, hier auf einer Sitzung des Uckermark-Kreistages.

strukturen, die solche Beschäftigungen nicht mehr zuließen. Dazu kam, dass der Landkreis sich vor über zehn Jahren aus der institutionellen Förderung des MKC verabschiedet hatte.

„Uns war klar, dass wir die Finanzierung für die Kultureinrichtungen anpassen müssen“, erinnert sich Gerhard Rohne. So waren es die LINKEN, die den Vorschlag der Kreisverwaltung uneingeschränkt unterstützten, die Förderung für die ubs und das Orchester zu dynamisieren und wieder in die institutionelle Förderung des MKC einzusteigen. Auf Initiative des LINKEN-Politikers Axel Krümrey wurde die Förderung für das Orchester sogar

höher als zunächst vorgesehen. Die ubs und das PKO erhalten nun Jahr für Jahr ein Prozent mehr Geld. Und das MKC erhält 35 000 Euro vom Landkreis. Um die gleiche Summe stockt die Stadt Templin ihre Förderung auf. Und vom Land kommen auch noch einmal 35 000 Euro.

„Das haben wir vor einem Jahr festgezurret und rückblickend können wir sagen, dass die Kultureinrichtungen in der Uckermark wieder in einem sicheren Fahrwasser sind“, konstatiert Gerhard Rohne. In diesem Zusammenhang dürfe man die Förderung für die Kreismusikschule und die Angermünder Freie Musikschule nicht vergessen, für die der Landkreis ebenfalls Geld ausgibt.





*Diese Kästen machen Dörfer attraktiv. Wo sie stehen, wie hier in Suckow am Uckersee, ist das schnelle Internet nicht weit.*

## Auch die Dörfer brauchen schnelles Internet

**Breitband und Digitalisierung sind auch in der Uckermark die Schlüsselwörter für eine gedeihliche wirtschaftliche Zukunft**

Die Uckermark hat in den letzten Jahren einen beachtlichen Zuzug von Kreativen erlebt. Immer mehr Filmemacher, Regisseure, Grafiker, Schauspieler, Journalisten, um nur einige zu nennen, haben die landschaftlich reizvolle Region mit ihrer üppigen Naturausstattung als idealen Rückzugsort für sich entdeckt, an dem sie ihre Projekte ungestört verfolgen können. Was sie jedoch selbst in der verstecktesten Idylle brauchen ist schnelles Internet. „Wir müssen die Uckermark mit Breitband-Internet-Angeboten versorgen. Und zwar nicht nur die Städte, sondern die gesamte Region. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben, vor der wir in der Uckermark stehen“, ist der LINKEN-Politiker Gerhard Rohne überzeugt. „Schaffen wir das nicht, geben wir eine unserer wichtigsten Entwicklungschancen aus der Hand“, sagt er. Denn nach schnellem Internet ru-

fen nicht nur jene Kreativen, die in der Uckermark einen neuen Lebensmittelpunkt suchen, sondern auch die Unternehmen, die hier ansässig sind, die Bildungseinrichtungen, Privathaushalte, „mithin alle Menschen, die für ihre berufliche oder private Laufbahn das Internet benötigen oder es einfach nur nutzen wollen, um auf dem Laufenden zu sein, um zu kommunizieren, um auf die Unterhaltungsangebote im Netz zugreifen zu können, ihre Bankgeschäfte via Internet zu erledigen oder was auch immer“, fügt er hinzu.

Der Uckermark-Kreistag hatte bereits im September 2016 beschlossen, die Weichen für die flächendeckende Einführung des schnellen Internets zu stellen. „Im Juni dieses Jahres haben wir dann fraktionsübergreifend beschlossen, den Breitbandausbau in diesem und im kommenden Jahr mit knapp zwei Millionen Eigenmitteln zu finanzieren. Dafür erhalten wir eine Förderung von Bund und Land in Höhe von 34 Millionen Euro“, erklärt der Kreispolitiker. „Damit sollte es möglich sein, innerhalb eines überschaubaren Zeitraums auch die letzten weißen Flecken in der Internet-Landschaft unserer Region verschwinden zu lassen“, ist Gerhard Rohne überzeugt. Die LINKEN haben das von Beginn an unterstützt. „Für uns ist der Internetausbau ein nicht zu unterschätzender Beitrag

für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Hier schlummern enorme Entwicklungsmöglichkeiten für Wirtschaft, Handwerk und Gewerbe. Neue Arbeitsplätze können entstehen und mithin werden wir attraktiver für Touristen und für junge Familien, die sich hier niederlassen wollen“, zählt er die positiven Effekte auf, die sich aus der Bereitstellung schnellen Internets ergeben können. Denn die Digitalisierung erhält derzeit Einzug in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen. Auch die Landwirtschaft setzt zunehmend auf digitale Technologien, beispielsweise wenn es um die bedarfsgerechte Düngung ihrer Flächen geht. Völlig neue Jobmodelle entstehen. „Durch das Homeoffice können Menschen in der Uckermark leben und von zu Hause arbeiten. Sie müssen nicht mehr täglich pendeln und haben trotzdem den direkten Draht zu ihren Firmen und Auftraggebern“, berichtet er. Auch die angestrebte Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen ist abhängig von der flächendeckenden Verfügbarkeit eines schnellen Internets. „Ohne schnelles Internet wird bald nichts mehr gehen. Regionen, die das nicht erkennen und nicht jetzt die dafür erforderliche Infrastruktur sorgen, werden in naher Zukunft genauso abgehängt sein, wie es vor 100 Jahren vielleicht Regionen waren, die

sich gegen den Bau von Eisenbahnlinien gewehrt haben und dadurch von diesem wichtigen Verkehrsmittel abgeschnitten wurden“ begründet Gerhard Rohne die Notwendigkeit für schnelles Handeln beim Breitbandausbau.

So setzt sich der Landkreis an die Spitze der Bewegung. Dabei kann er auf bereits Geschaffenes aufbauen. Vor allem in den größeren Städten und in deren Umland hatten sich schon in den 00er Jahren die dortigen Stadtwerke für ein schnelles Internet engagiert. Die Schwedter Stadtwerke beispielsweise hatten sehr früh Breitbandangebote über ihr Kabelnetz eingeführt und gleichzeitig auch erfolgreich eine Telekommunikationssparte eingeführt.

### Impressum

„linksrum“ ist eine Zeitung der Kreistagsfraktion DIE LINKE Uckermark.

### Herausgeber:

DIE LINKE, Fraktion im Kreistag Uckermark, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau  
v.i.S.d.P.: Gerhard Rohne

Redaktion:  
Heiko Poppe, Axel Krumrey

mail: [info@dielinke-uckermark.de](mailto:info@dielinke-uckermark.de)